

Stand: 24.06.2026 04:01:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28654

"Smarter Klimaschutz statt Angriff auf das Eigentum"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28654 vom 26.04.2023
2. Beschluss des Plenums 18/28755 vom 26.04.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 144 vom 26.04.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Smarter Klimaschutz statt Angriff auf das Eigentum

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Transformation der Energie- und Wärmeversorgung in Deutschland hin zur Klimaneutralität verstärkt werden muss. Sie muss aber bezahlbar bleiben und durch Anreize und Hilfen erreicht werden. Der Landtag ist daher der Auffassung, dass der sektorübergreifende europäische Emissionshandel dabei das effizienteste Mittel ist, um die Klimaziele zu erreichen. Dieser kann durch nationale Förderprogramme unterstützt werden. Verbote sind jedoch abzulehnen.

Der Landtag stellt fest, dass bei den anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Gesetzentwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) vor allem auf die folgenden Grundsätze zu achten ist:

- **Eigentum respektieren:** Bevor der Staat den Bürgerinnen und Bürgern detaillierte Vorgaben für ihre Heizungskeller macht, muss er Erfolgsbedingungen einer klimafreundlichen technischen Infrastruktur schaffen. Städte und Gemeinden sollen in die Lage versetzt werden, jetzt schnell eine kommunale Wärmeplanung entwickeln zu können. Schwerwiegende und verpflichtende Eingriffe in das private Eigentum der Bürgerinnen und Bürger verbieten sich grundsätzlich.
- **Kein Verbot von Biomasseheizungen beim Neubau:** Biomasseheizungen (Biogas/Biomethan, Scheitholz-, Hackschnitzel- und Pelletheizungen) müssen auch im Neubau zur Erfüllung des 65 Prozent-Ziels zulässig sein. Der vorgesehene Anschluss der Biomasse ist weder technologieoffen noch sinnvoll für den Klimaschutz. Auch in Quartierskonzepten zur gemeinsamen Versorgung von Neu- und Bestandsbauten macht ein solches Verbot keinen Sinn. Ein neu gebautes Wohnhaus, das sich in unmittelbarer Nähe zu einem mit Biomasse betriebenen Gebäudenetz befindet, sollte an das Netz angeschlossen werden dürfen, anstatt zwingend ein eigenes Wärmesystem zu installieren. Zudem müssen bayerische Waldbesitzer weiterhin ihren eigenen Rohstoff in ihren Heizungen verfeuern können.
- **Fördern statt überfordern:** Statt auf kurze Frist Millionen von Eigentümerinnen und Eigentümern zu enormen Ausgaben zu zwingen, soll innovative Gebäudetechnik durch finanzielle Anreize gefördert werden. Nur so erhöht man die Akzeptanz für Klimaschutz. Auch der Ausbau der Fernwärmenetze in den Kommunen muss gefördert werden. Vermieterinnen und Vermieter dürfen nicht mit Modernisierungskosten alleingelassen werden, die ihnen aufgrund der verschärften Vorgaben des GEG entstehen.

Begründung:

Der ursprüngliche Entwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes von Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck steht exemplarisch für die falsche

* Im Plenum durch den Fraktionsvorsitzenden richtiggestellt.

Klima- und Energiepolitik der Grünen: Dogmatische Vorfestlegungen auf einzelne Technologien, planwirtschaftliche Regelungswut bis ins Detail und ignorante Überforderung der Betroffenen. Eine solche Politik erzeugt unnötig hohe volkswirtschaftliche Kosten der CO₂-Vermeidung und fehlende Akzeptanz bei den Menschen. So wird aus Deutschland kein Vorbild beim Klimaschutz, sondern ein abschreckendes Beispiel.

Die bereits in der Ressortabstimmung erreichten Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sind daher zu begrüßen. So wird es richtigerweise kein zusätzliches Betriebsverbot für Bestandsheizungen geben, verschiedene Technologien wie beispielsweise H₂-Ready-Heizungen oder Solarthermie werden zugelassen und es wird kein umfassendes Gebäudemanagement von Kleinvermietern und Eigenheimbesitzern geben, wie es für Wohnungsgesellschaften üblich ist.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/28654

Smarter Klimaschutz statt Angriff auf das Eigentum

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Alexander König

Abg. Gerd Mannes

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Albert Duin

Abg. Christoph Skutella

Abg. Uli Henkel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Hans Ritt

Abg. Florian von Brunn

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Martin Hagen

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Hans Friedl

Abg. Toni Schuberl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion (FREIE
WÄHLER)**

"Heiz-Hammer" der Bundesregierung stoppen! (Drs. 18/28600)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika
Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

Smarter Klimaschutz statt Angriff auf das Eigentum (Drs. 18/28654)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli
Henkel und Fraktion (AfD)**

"Heiz-Hammer" der Altparteien stoppen! (Drs. 18/28655)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Die Wärmewende der Bundesregierung: Für ein warmes Zuhause und für
unschlagbar günstige Nebenkosten (Drs. 18/28656)**

Ich gebe nochmals bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Alexander König von der CSU-Fraktion das Wort.

Alexander König (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Energiepolitik der rot-grün-gelben Bundesregierung ist klimafeindlich, und sie ist bürgerfeind-

lich. Diese Energiepolitik ist deshalb klimafeindlich, weil sie im Ergebnis dazu führt, dass in Deutschland immer mehr fossile Brennstoffe gebraucht werden, um unseren Energiebedarf zu decken. Die Abschaltung der Kernkraftwerke hat im Ergebnis dazu geführt, dass der CO₂-Ausstoß in Deutschland nochmals nennenswert gestiegen ist.

(Thomas Kreuzer (CSU): Unglaublich!)

Wenn Sie sich heute aktuell der Mühe unterziehen, ins Internet zu schauen, dann stellen Sie fest, dass wir in Deutschland im Moment bei der Produktion einer Kilowattstunde Strom über 600 Gramm CO₂ emittieren. Nur in Polen ist die Energiepolitik noch dunkelbrauner als bei uns, nämlich so dunkelbraun wie die Braunkohle. Das ist die Klimapolitik der Bundesregierung. Sie ist klimafeindlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist sehr erstaunlich; denn auf der einen Seite schaltet man Kernkraftwerke ab und powert das CO₂ so richtig raus, während man auf der anderen Seite drauf und dran ist, die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande, die sich oft lange Jahre quälen mussten, um ihre Wohnung, ihr Haus zu errichten, eine Heizung zu installieren, die man veranlasst hat, doch bitte den Gasanschluss in der Straße zu nutzen und eine energiesparende Gastherme, wie es seinerzeit hieß, einzubauen, zu zwingen, beim Heizungstausch nur noch ganz bestimmte Heizungen einzubauen, nämlich Heizungen, die mit mindestens 65 % erneuerbarer Energie betrieben werden können.

Darüber hinaus – und das ist ein weiterer Hammer; ich schaue gerade unseren landwirtschafts- und forstpolitischen Sprecher Martin Schöffel an – sollen sogar Biomasseheizungen einschließlich Holz- und Pelletheizungen im Neubau verboten werden. Was man sich hier ausdenkt, ist schon der Wahnsinn; denn die Politik auf Bundesebene steht diametral zur EU-Politik, die ja eigentlich von der Bundesregierung im Europäischen Rat mitgetragen wird.

Auf europäischer Ebene setzt man nämlich richtigerweise auf den Markt, indem man auf den Emissionshandel setzt und sagt: Okay, der Preis wird weiter steigen; alle können sich darauf einstellen; und im Rahmen dieser Preisentwicklung werden sich dann die Bürgerinnen und Bürger frei entscheiden, welche Art von Energie sie auch in ihrem privaten Bereich jeweils einsetzen wollen.

Anders die Bundesregierung. Sie setzt hier wirklich den Hammer drauf – deshalb haben wir den Antrag auch so genannt, nämlich den "Heiz-Hammer" –, indem die Bürgerinnen und Bürger, ideologisch verblendet, planwirtschaftlich durch Gebote und Verbote angeleitet und gegängelt werden, was sie in Zukunft zu tun haben. Die kleinen Leute draußen, die wirklich Mühe haben, diese Dinge auch finanziell auf die Reihe zu bringen, sollen das Land also retten, während die klimafeindliche Politik der Bundesregierung fortgesetzt wird.

Dagegen wenden wir uns in unserem Antrag und bitten um Zustimmung.

Mit großem Interesse haben wir die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge durchgelesen. Der Antrag der GRÜNEN ist reichlich unverschämt, so wie man die GRÜNEN hier eben kennt. Ich sage Ihnen aber, meine Damen und Herren von den GRÜNEN: Ihre Hochzeit ist vorbei. Solange Sie den Leuten draußen nur erzählt haben, dass wir das Klima retten müssen und dass Sie die Welt retten werden, sind Ihre Werte gestiegen, weil natürlich alle Leute gut fanden, dass eine Partei da ist, die die Welt retten will. Wir wollen auch die Welt retten, aber Ihnen hat man es eher abgenommen aufgrund der Aufgeregtheit, mit der Sie das den Menschen erzählt haben. Seitdem Sie aber real in der Verantwortung sind und reale Politik machen, stellen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land jetzt endgültig fest, was dahintersteckt,

(Zuruf von der CSU: Nichts!)

was Ihre Art von Weltrettung bedeutet. Ich habe Ihnen das gerade aufgezeigt: Das bedeutet eine klimafeindliche und eine bürgerfeindliche Politik. Dafür werden Sie von

den Wählerinnen und Wählern abgestraft werden – dessen bin ich mir ganz, ganz sicher –, und zwar zu Recht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lässt sich von Ihnen nicht länger vorführen. Es ist sehr unverschämt, im Antrag zu schreiben, durch die jahrzehntelange Untätigkeit der Staatsregierung

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es doch!)

müssten Sie jetzt die Bürger vor exorbitant steigenden Heizkosten schützen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist geradezu lächerlich. Lächerlicher geht es nicht mehr. Sie befürworten ausdrücklich diese planwirtschaftlichen Pläne, dieses Mehr an Staat, mehr Verbote, mehr Gebote, mehr Drangsalieren der Bürger. Das ist Ihr Gesicht. Schauen Sie in den Spiegel hinein! – Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen das und lehnen diese Politik ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und namentlich auch der FDP-Fraktion – darauf komme ich gleich noch –,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die CSU hat bei der Energiewende versagt! Sie sind schamlos!)

die zunehmend erkennen, dass Sie mit Ihnen in Berlin im völlig falschen Boot sitzen, nämlich in einem Boot, das schon leckgeschlagen ist und das in absehbarer Zeit untergehen wird

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wegen dieser verheerenden grünen Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum FDP-Antrag, meine Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, was in dem Antrag steht, ist alles richtig. Ich wundere mich nur, dass er von Ihnen kommt. Ich habe mich wirklich gefragt, ob in der Druckerei ein Fehler passiert ist oder ob irgendetwas durcheinandergeraten ist; denn Sie setzen voll auf die Staatsregierung und lehnen die Pläne der Bundesregierung – so lese ich Ihren Antrag – vollinhaltlich genauso wie wir ab. Sie schreiben hier:

Der Landtag ist daher der Auffassung, dass der sektorübergreifende europäische Emissionshandel dabei das effizienteste Mittel ist, um die Klimaziele zu erreichen.

Sehr richtig; das sage ich auch. Das ist Markt. In Berlin wird aber genau das Gegenteil davon gemacht. Das habe ich gerade ausgeführt.

Sie schreiben dann also weiter: "Dieser kann durch nationale Förderprogramme unterstützt werden." – Okay, wir fördern heutzutage alles. Da sind wir in Bayern ja auch federführend. Ich bin neugierig, wie wir das alles noch bezahlen werden.

Und dann schreiben Sie völlig richtig: "Verbote sind jedoch abzulehnen."

(Beifall des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Ja, ist das dieselbe FDP wie in Berlin in dieser Bundesregierung, die dieses Gebäudeenergiegesetz mit auf den Weg gebracht hat? Also, es stimmt hier alles, was Sie schreiben, und Sie setzen dann auf die Staatsregierung und schreiben: "Die Staatsregierung wird daher aufgefordert". Sie versuchen also gar nicht, die Bundesregierung zu überzeugen, in der Sie Mitglied sind,

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

sondern Sie setzen auf die Staatsregierung – hervorragend, das machen wir auch! – und schreiben:

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich bei den anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Gesetzentwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die folgenden Grundsätze beachtet werden: Eigentum respektieren [...]

– das wird im Einzelnen ausgeführt –

Kein Verbot von Biomasseheizungen beim Neubau [...]

– hervorragend! – wird ausgeführt – und:

Fördern statt überfordern [...]

Ja, wo ist denn der Franz Pschierer? Hat der den Antrag geschrieben? Oder wie ist das ganze Ding passiert?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, auch wenn das alles zutreffend ist, ist es auch ein bisschen – – Ja, wie soll ich sagen? – Ich will jetzt nicht sagen scheinheilig, aber irgendwie nicht glaubhaft, da Sie in Berlin genau das Gegenteil von dem voranbringen, wo Sie hier die Staatsregierung bitten, sie möge das verhindern.

Also, ich glaube, dem kann man nicht guten Gewissens zustimmen, weil es ein bisschen zu leicht durchschaubar ist, und ich wage vorherzusehen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in der Lage sind zu begreifen, dass das ein und dieselbe FDP ist, also in Berlin und in Bayern. Ich glaube, es wird Ihnen nicht gelingen, den Leuten zumindest bis zum Oktober vorzumachen, dass Sie mit den Dingen in Berlin nichts zu tun haben. Ich würde Ihnen demgegenüber wirklich empfehlen, Ihre Möglichkeiten zu nutzen und in Berlin darauf hinzuwirken, dass dieser Wahnsinn dieses Gebäudeenergiegesetzes so nicht Gesetz wird.

Das ist der parlamentarische Auftrag, den Sie haben, darum bitte ich Sie, und das entspricht auch dem Inhalt, den Sie hier geschrieben haben. – In dem Sinne: Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER sowie des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bleiben Sie bitte. Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr König, Sie haben jetzt einiges ausgeführt, einiges richtig. Ein bisschen viel Klima haben Sie noch reingebracht, aber im Großen und Ganzen stimmt schon, was Sie vorgetragen haben. Aber jetzt habe ich eine Frage an Sie; und zwar hat die AfD-Fraktion, die Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller und Uli Henkel, am 02.03. einen Dringlichkeitsantrag, der hier nicht behandelt wurde, eingebracht. Den haben wir dann im Ausschuss behandelt, und zwar: "Ideologischen Verbotswahn beenden! – Öl- und Gasheizungen weiterlaufen lassen – Günstiges und technologieoffenes Heizen ermöglichen". Den haben Sie abgelehnt, aber im Grunde genommen haben Sie heute nichts anderes beantragt als das, was wir damals beantragt haben. Können Sie mir sagen, was den Sinneswandel bei Ihnen herbeigeführt hat?

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Mannes, das ist überhaupt kein Sinneswandel, sondern es ist ein großer Unterschied. Schauen Sie sich mal die Position der AfD an, die den Klimawandel als solchen ja schon leugnet und überhaupt nicht bereit ist – –

(Gerd Mannes (AfD): Darum geht es doch gar nicht!)

– Haben Sie jetzt das Wort oder ich?

(Uli Henkel (AfD): Herr König, das ist doch unter Ihrem Niveau!)

Sie leugnen den Klimawandel an sich und sind überhaupt nicht bereit einzusehen, dass wir natürlich im Ergebnis weg müssen von den fossilen Energieträgern. Wir aber setzen auf Marktwirtschaft, auf die Freiheit der Bürger und auf die Entscheidungsfreude unserer Bürgerinnen und Bürger, während Sie das Ganze negieren.

Deshalb kann man Ihren Anträgen grundsätzlich nicht zustimmen. Aber glauben Sie mir: Wir sind auf dem richtigen Weg. Schließen Sie sich uns an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Alexander König (CSU): Jetzt kommt der Windrad-Part! Ja, bitte schön! – Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr König, Sie haben heute anscheinend einen Clown verschluckt, aber Sie haben jetzt wenig zum eigentlichen Thema gesagt. Aber was ich von Ihnen gerne wissen möchte – im Ausschuss habe ich die Frage auch schon gestellt und keine Antwort bekommen –, ist Folgendes: Sie haben letztes Jahr im November ein Bayerisches Klimaschutzgesetz beschlossen, in dem Sie sagen: Bayern ist im Jahr 2040 klimaneutral.

Jetzt möchte ich Sie fragen: Wie lange wollen Sie es noch erlauben, dass man Öl- und Gasheizungen einbaut, die dann im Jahr 2040 vielleicht gerade mal 10 bis 15 Jahre alt sind? Die reißen Sie dann raus. Ist das Ihre Politik?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alexander König (CSU): Unsere Politik, Herr Kollege Stümpfig, setzt im Gegensatz zu Ihnen auf die Freiheit und den eigenen Verstand der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Während Sie die Bürgerinnen und Bürger gängeln wollen, Technolo-

gieoffenheit ablehnen und wirklich sinnigste Schritte und Möglichkeiten von vornherein ablehnen,

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

weil Sie glauben, dass Sie alleine die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, setzen wir auf den Markt und auf die Bürgerinnen und Bürger, die sehr wohl die bestmögliche Entscheidung für sich und für unser Land treffen können, um die Klimaneutralität in Bayern zu erreichen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Martin Stumpf-
fig (GRÜNE): Das ist keine Antwort!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Mein lieber Kollege, lieber Alexander, die ganzen Vorwürfe, die du uns jetzt gerade gemacht hast – –

(Widerspruch des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Ja, ja, ja! Moment, Moment! Du brauchst gar nicht abzuwehren. – Das ist ja wohl frech. Wer diese ganzen Punkte schon immer gefordert hat, war ja wohl ich, und wer sich immer mit den GRÜNEN über Kreuz gelegt hat, war auch immer ich.

(Zuruf von der CSU: Falsche Partei! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann komm zu uns!)

Ich finde es schon eigenartig, dass er jetzt Dinge aufzählt, die noch in Verhandlung sind. Euer Antrag ist vom 19.04. Heute haben wir den 26., und da ist eine Menge im Fluss in Berlin. Ich glaube, da werden einige Dinge abgearbeitet, die jetzt vielleicht von eurer Seite noch so aussehen. Aber wir haben von vornherein gesagt: Dieses Gesetz wird nicht so kommen, wie es niedergelegt worden ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann hätte Lindner nicht zustimmen dürfen!)

Wir sind in Verhandlungen, und du kannst dich darauf verlassen: Da wird sich noch einiges ändern. Aber ich möchte mich bitte ausnehmen von deinen Vorwürfen, weil du genau weißt, dass ich im Wirtschaftsausschuss immer die Sache vertreten habe.

Alexander König (CSU): Lieber Albert Duin, das tut mir jetzt wirklich leid, wenn du dich da ganz persönlich angesprochen gefühlt hast. Ich habe mir alle Mühe gegeben zu differenzieren zwischen der FDP, die es offensichtlich in Berlin gibt, und der FDP, die es hier gibt. Aber wenn du mich ausdrücklich dazu aufforderst, dann bin ich auch gerne noch bereit, ausdrücklich noch mal zu differenzieren zwischen der FDP hier und dem Albert Duin, der das schon immer richtig gesagt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende besteht nicht nur aus einer Stromwende, sondern eben auch aus einer Wärmewende, und das schließt die Gebäude mit ein. Aber so, wie sich Robert Habeck das vorstellt, so können wir nicht mitgehen, und so glauben wir auch, dass das zum Scheitern verurteilt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, weil meine Partei jetzt gerade schon so oft erwähnt wurde: Ja, es gab eine Protokollnotiz dazu. Das haben Sie aus der Regierungskoalition vielleicht schon vergessen. Das ist üblich so. Das hat von der Leyen so gemacht, das hat Gerd Müller so gemacht.

(Tobias Reiß (CSU): Fußnotenpartei! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ihr seid nur eine Fußnote in dieser Bundesregierung!)

Immer, wenn es irgendwie Unstimmigkeiten gab, gab es Protokollnotizen, und dann wurden Gesetze geändert. Denn Gesetze kommen nie so in den Bundestag, wie sie rausgehen. Es wird daran gearbeitet. Keine Aufregung! Auch ein Parteitagsbeschluss liegt schon vor. Das heißt, es wird daran gearbeitet.

Aber es geht ja darum, dass wir gerade in einem Waldland wie Bayern uns auch für unseren Rohstoff Holz einsetzen. Holz ist eben nicht nur eine Klimasenke, Holz wird nicht nur für den Bau gebraucht, sondern Holz ist eben auch Wärmelieferant. Deswegen wollen wir, dass Biomasse auch im Neubau zukünftig als Heizungsmöglichkeit zugelassen wird.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ich weiß auch nicht, wie man in einem Ministerium auf solche Ideen kommen kann. Die Diskussion zeigt ja auch ganz klar, wo die Probleme der Energiewende in Deutschland liegen. Wir steigen aus vielen Technologien aus, bieten aber zu wenig Alternativen an.

(Alexander König (CSU): Verlasst doch diese Bundesregierung! Das wird doch nichts mehr in Berlin!)

So kann es unserer Meinung nach auch nicht weitergehen.

Erst vor einigen Monaten bzw. vor einem Monat – das muss ich jetzt auch dazu sagen – hat sich das EU-Parlament in Brüssel darauf verständigt, dass Holz ein nachwachsender Rohstoff ist und als erneuerbare Energie anerkannt wird. Jetzt sollen wir das Ganze wieder umdrehen. Das passt für uns hinten und vorne nicht zusammen. Diese pauschalen Verbote lehnen wir grundsätzlich ab. Technologieoffenheit usw. – Sie kennen das. Das heißt, es gibt mehrere Möglichkeiten, auch in Zukunft Heizungen klimaneutral zu betreiben, und dafür wollen wir uns auch einsetzen.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Jawohl! Sie sind in der falschen Koalition!)

Übrigens sind wir nicht alleine in dieser – wie gerade zitiert – falschen Koalition. Auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD, zumindest ihre Ressortchefs – Gesundheitsministerium –, haben Widerstände angekündigt.

(Alexander König (CSU): Die halten es auch nicht mehr lange aus!)

Das Bundesforschungsministerium hat sich ebenfalls schon dazu geäußert, weil es natürlich gerade im Gesundheitsbereich – um noch mal darauf zurückzukommen –, gerade für Krankenhäuser, natürlich auch für Pflegeeinrichtungen, zu Problemen kommen könnte.

Das heißt zusammenfassend: Wir setzen uns in der Gesamtpartei und auch in Berlin für diese Änderungen ein. Wir freuen uns natürlich über die Unterstützung aus Bayern. Deswegen haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht, für den wir um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine Intervention des Herrn Abgeordneten Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Herr Kollege Skutella, wenn ich Sie und Ihre Kollegen von der FDP so reden höre, dann kommt mir eines in den Sinn: Warum rufen Sie nicht Ihren Vorsitzenden an und machen in Berlin den Weg für ein konstruktives Misstrauensvotum frei? Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, um dieses Ampel-Desaster endlich zu beenden.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Ein schlechte Idee wäre das nicht!)

Christoph Skutella (FDP): Ich gehe jetzt auf diese Frage gar nicht ein, weil das zu diesem Zeitpunkt völlig unangebracht ist. Die Frage ist auch bei dieser Thematik nicht

angebracht; denn jede Koalition streitet sich. Jede Koalition diskutiert. Wenn diese Diskussion am Ende dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger dient, dann halte ich auch im Bayerischen Landtag die ständigen Anwürfe, denen wir ausgesetzt sind, gerne aus. Das ist alles kein Problem.

Ich konnte jetzt noch ein bisschen Redezeit generieren, was für uns immer sehr wichtig ist. Deshalb möchte ich noch auf Herrn Kollegen König eingehen. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir in Berlin etwas anderes tun würden als das, was wir hier in Bayern beschließen. Wenden Sie sich doch einmal an Ihre Kollegen im Europaparlament zum Thema F-Gase und was sie dazu beschlossen haben. Dazu möchte ich Sie einmal gerne hören. Es tut mir leid, dass ich das jetzt anbringen muss, aber das bekommen Sie jetzt als kleine Replik zurück.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was haben Sie beim letzten Mal gemacht?)

– Wir haben uns zu diesem Thema der Stimme enthalten, Sie haben zugestimmt. Wenden Sie sich also an Ihre Kollegen. Wir könnten jetzt alle Ebenen durchgehen, wer wo wann irgendwie abgestimmt hat. Ich würde Ihnen empfehlen, diesen Anträgen zuzustimmen. Es lohnt sich.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Austauschpflicht für Öl- und Gasheizungen, die die Ampelkoalition beschlossen hat, ist ein abscheulicher Angriff auf das Eigentum der Hausbesitzer. Diese Versagerregierung schadet unserem Land mit jedem Tag, an dem sie weiter im Amt ist. Die schleichende Enteignung der Hausbesitzer durch diesen Austauschzwang ist unerträglich und muss gestoppt werden. Herr König, die CSU und die FREIEN WÄHLER haben im

Juli 2020 das Gebäudeenergiegesetz im Bundesrat mit auf den Weg gebracht. In der Fortführung dieses Gesetzes wird jetzt der unbezahlbare Austauschirrsinn zur Pflicht gemacht. Das sollten Sie nicht vergessen. Ich habe bereits vorhin gesagt, dass ich es als eine Dreistigkeit ansehe, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER mit ihrem Dringlichkeitsantrag, den sie von der AfD kopiert haben – –

(Alexander König (CSU): Es wird nicht wahrer, wenn Sie das immer wieder behaupten!)

– Doch! Sie haben unseren Antrag noch im März kaltschnäuzig abgelehnt. Es ist doch Heuchelei, wenn die CSU und die FREIEN WÄHLER jetzt so tun, als wären sie wirklich gegen diesen grünen Irrsinn, nachdem sie im Bundesrat 2020 als Handlanger fungiert haben. Vielleicht sind Sie inzwischen wirklich zur Vernunft gekommen. Das könnte ja sein. Aber merken Sie sich eines: In diesem Parlament gibt es nur eine politische Kraft, die konsequent gegen jeden Zwang zur Sanierung eingetreten ist, und das ist die AfD.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Nur wir wehren uns gegen den fanatischen Ökowahn der Kartellparteien. Das sind Sie! Aus technischer Sicht ist die Vorgabe des Gebäudeenergiegesetzes ohnehin völlig weltfremd. Weder gibt es die erforderlichen Millionen Wärmepumpen noch die Handwerker, die sie einbauen. Das können Sie doch nicht bestreiten.

(Alexander König (CSU): Das stimmt jetzt einmal!)

Außerdem funktioniert dieses Heizungssystem in den meisten Bestandsgebäuden aufgrund der geringen Vorlauftemperaturen nicht wirklich effizient. Die Kosten des Einbaus sind für die meisten Immobilienbesitzer auch nicht tragbar. Der Immobilienbesitz würde dadurch zur finanziellen Belastung, und viele Eigentümer aus der Mittelschicht würden um ihre Altersvorsorge gebracht. Das ist doch wirklich ein großes Problem. Das Gebäudeenergiegesetz ist also faktisch ein Gebäudeenteignungsgesetz. Die AfD-

Fraktion lehnt solche politischen Eingriffe in das Privatvermögen der Bürger kategorisch ab. Wir akzeptieren es nicht, dass die Regierung den Bestandsschutz aufweicht und die Bürger um ihr Vermögen betrügt. Nichts anderes ist das.

Noch einmal zu den Anträgen der einzelnen Fraktionen: Jede Fraktion, die diesen Klimaquatsch und die massive Versteuerung fossiler Energieträger mitmacht, hat diesen Austauschirrsinn mitzuverantworten. Damit werden nämlich die Hausbesitzer gnadenlos abgezockt. Herr König, der CSU geht es nur um Wählerfang kurz vor den Landtagswahlen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was macht denn die AfD?)

Zumindest ist es löblich, dass die CSU fast wortgleich die Forderungen des AfD-Antrags eingebracht hat. Sie hätten aber unserem Antrag auch gleich zustimmen können. Wir werden uns zu Ihrem Antrag enthalten, weil Sie noch ein bisschen Klimagedöns hineingeschmuggelt haben. Den Dringlichkeitsantrag der FDP lehnen wir ab, weil er mit unwissenschaftlichem Klimawirrwarr vollgestopft worden ist.

Im Übrigen: Liebe Kollegen von der FDP, beenden Sie diesen Irrsinn in Berlin! Stoppen Sie ihn einfach! Ihre Fraktion hat doch dieser bürgerfeindlichen Enteignungsspirale zugestimmt. Zu den unbelehrbaren grünen Fanatikern: Mit Ihnen kann man nicht vernünftig Argumente austauschen. Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag natürlich ab. Noch einmal: Wir erneuern unsere Forderung, dass kein Bürger zu Zwangsinvestitionen verpflichtet werden darf. Bayern ist kein sozialistischer Staat, und so soll es auch bleiben. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung packt endlich ein Thema an, das von der CSU

und von der Großen Koalition über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt wurde, nämlich die Wärmewende. Mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes werden die Menschen Stück für Stück aus der Abhängigkeit von Öl und Gas befreit.

(Tobias Reiß (CSU): Sie werden Stück für Stück enteignet!)

Dauerhaft günstige Nebenkosten werden ermöglicht. Dazu gibt es noch hohe Förderungen. Endlich wird die Wärmewende angepackt, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat schon im Jahr 2021 ein Wärmegesetz eingebracht, das folgende Eckpunkte enthält: Energieeinsparung, effiziente Technik und erneuerbare Energien. Aber die Staatsregierung wusste damals schon nichts Besseres, als dieses Gesetz einfach pauschal abzulehnen. Mit Ihrem Festhalten an Öl und Gas haben Sie die Menschen in Bayern immer weiter in die fossile Kostenfalle getrieben. Das ist Ihr Verschulden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber damit nicht genug: Sie treiben das immer weiter voran. Sie blocken weiterhin hier im Haus alles ab. Vor wenigen Wochen haben Sie die Gebäudeeffizienzrichtlinie komplett abgelehnt und heute das Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung. Sie können nur noch meckern und motzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, schauen wir doch einmal hin: Was haben Sie, was haben die CSU und die Staatsregierung in den letzten Jahrzehnten beim Thema Wärme geschafft? Sehen wir uns einmal die letzten 20 Jahre an. Die CO₂-Emissionen sind komplett gleich geblieben. Bei diesem Balkendiagramm ist überhaupt keine Reduktion festzustellen. Sie haben beim Thema Wärme komplett versagt. Hier gibt es keinerlei Verbesserungen. Und jetzt stemmen Sie sich gegen alles, was von der Bundesregierung und aus Euro-

pa kommt. Sie haben aber keine eigenen Ideen. Das ist Ihre Politik. Das ist mehr als jämmerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, eines ist wirklich befremdlich. Bis zum Jahr 2040 soll Bayern klimaneutral sein. Ich habe nachgefragt, was passieren soll, wenn die Öl- und Gasheizungen, die Sie weiter einbauen wollen, dann erst 10 bis 15 Jahre alt sind.

(Alexander König (CSU): Wollen Sie die Menschen zwingen, diese Heizungen alle rauszuschmeißen?)

Sie verweigern darauf eine Antwort. Sie sagen nicht, dass Sie diese Heizungen rausreißen wollen, Sie sagen aber auch nicht, dass Sie die Klimaziele einhalten wollen.

(Alexander König (CSU): Die Kohlekraftwerke anfeuern, das können Sie!)

Für mich ist klar: Ihnen ist es scheißegal, dass Sie beschlossen haben, dass Bayern bis 2040 klimaneutral sein soll. Das können wir einfach nicht akzeptieren!

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Ihnen sind doch die Leute scheißegal!)

Ich kann nur sagen: Die Bundesregierung macht vor, wie es geht. Keine funktionierende Heizung muss raus. Nur wenn sie kaputtgeht und nicht mehr repariert werden kann, wird sie ausgetauscht. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten: Man kann eine Wärmepumpe oder eine Gasheizung mit grünem Gas einbauen. Man kann auch eine Biomasseheizung einbauen, eine Hybridheizung oder ein Wärmenetz. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten.

(Alexander König (CSU): Nach Ihrem Gesetz kann man das alles nicht mehr!)

Es wird eine umfassende Förderung von 30 bis 50 % geben. Für die Energieberatung gibt es eine 80-prozentige Förderung. Bei den Etagenheizungen gibt es lange Fristen, die sogar bis zu 13 Jahre reichen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Von daher ist die Aufregung hier wirklich komplett unverständlich.

Ich muss sagen, Herr König, Sie haben Ihre Redezeit jetzt eigentlich nur genutzt, um die Nachzieher der anderen Fraktionen vorzustellen. Aber zu Ihren eigenen zehn Punkten haben Sie überhaupt nichts gesagt. Aber das wundert mich auch nicht; denn die sind komplett inhaltsleer. Sie machen da einen Rundumschlag. Sie nehmen eine Überschrift aus der "Bild"-Zeitung. Den Rest haben Sie wahrscheinlich auch aus der "Bild"-Zeitung abgeschrieben. Mit so einem Dringlichkeitsantrag macht man definitiv keine konstruktive Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Beispiel, wie man konstruktive Politik macht, haben wir Ihnen heute als grüne Landtagsfraktion gezeigt. Wir haben einen konkreten Beschluss zum Thema Biomasseheizungen gefasst. Wir wollen, dass auch im Neubau der Einsatz möglich wird. Gerade bei uns im walddreichen Bayern gibt es Regionen, wo der Wald vor der Haustür liegt, wo es besonders effizient ist, hier das Material zu nutzen.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Biomasse im Neubau auch eine Option ist. Das ist konstruktive Politik. So geht man voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An die Adresse von Staatsregierung, CSU und FREIEN WÄHLERN können wir nur sagen: Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben! Wir brauchen dringend regionale Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Wir brauchen drin-

gend eine Energiesparberatung mit einem Heizungscheck. Wir brauchen eine finanzielle Förderung für die Menschen, 800 Millionen Euro, um Schritt für Schritt die Sozialwohnungen in Bayern zu sanieren.

Wir brauchen kommunale Wärmeplanung; dazu noch mehr im nächsten Dringlichkeitsantrag. Das alles sind Ihre Hausaufgaben. Kommen Sie endlich aus Ihrer Mecker-ecke heraus! Hören Sie auf mit diesen Schaufensteranträgen, und machen Sie endlich konstruktive Politik! Das fordern wir von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt vier Zwischenbemerkungen, die erste von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, jetzt haben Sie mich etwas überrascht; denn Sie widersprechen da ja Ihrer eigenen Bundesregierung, dem Herrn Habeck. Ich wollte Sie jetzt eigentlich nach der Sinnhaftigkeit dieses Verbots von Pellets fragen, weil es ja faktisch so ist, dass kein Baum wegen einer Pelletheizung gefällt wird. Das ist ja alles Abfall.

Aber können Sie mir noch mal sagen, wie Sie Ihre sogenannte Wärmewende umsetzen wollen? Die meisten Leute können es sich einfach nicht leisten, und es gibt auch – das ist ja erwiesen – nicht genügend Handwerker, die das dann umsetzen. Wie wollen Sie das denn machen? Das ist doch völlig utopisch!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir trauen unseren Heizungsbauern zu, dass sie, wenn sie eine Gasheizung durch eine Gasheizung ersetzen – das braucht genauso viele Handwerker –, auch eine Gasheizung durch eine Wärmepumpenheizung ersetzen. Von daher ist das umsetzbar.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen und lebhafter Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Hallo! Können Sie mal aufhören zu pöbeln? – Also wenn hier eine Frage aus Ihrer Fraktion gestellt wird und die beantwortet wird, dann hören Sie halt auch zu. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Leopold Herz, FREIE WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Martin Stümpfig, ich brauche hier ein bisschen Nachhilfe. Nach der Abschaltung der letzten drei AKWs wurden ja in Deutschland – ich glaube – 13 Kohlekraftwerke angeworfen. Jetzt kommt der Vorschlag von Berlin, dass in Neubauten klimaneutrales Holz nicht verheizt werden darf wegen der Entscheidung, dass 65 % der Energie aus erneuerbarer Energie stammen sollen. Jetzt habe ich von dir gerade gehört, dass ihr das in Bayern anders wollt. Bisher war ich der Meinung, dass Bundesrecht über Landesrecht steht. Können wir das heute noch ein bisschen einordnen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Erst mal muss man sagen, es sind keine 13 Kohlekraftwerke neu in Betrieb gegangen. Heute ist der Tag von Tschernobyl. Zum siebenunddreißigsten Mal jährt sich die Atomkatastrophe von Tschernobyl.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich glaube, es ist wirklich ein historischer Tag, dass wir am 15. April endlich aus der Atomkraft ausgestiegen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die zweite Frage habe ich jetzt vergessen.

(Lachen – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bundesrecht und Landesrecht!)

– Bundesrecht und Landesrecht, okay. Sorry! – Das ist jetzt eine Initiative, bei der wir sagen, wir haben gerade in Bayern einen relativ hohen Waldanteil. Es gibt bestimmte Regionen, wo man den Wald wirklich vor der Haustüre hat. Da wäre es eben vorstell-

bar, dass man sagt, es ist okay, wenn es jemand im Neubau unbedingt will. Es ist nicht unbedingt die effizienteste Möglichkeit, den Neubau zu beheizen. Aber wenn das unbedingt so sein soll, dann soll es auch einfach möglich sein. Das ist natürlich ein Bundesgesetz. Wir setzen uns jetzt in Berlin dafür ein, dass es bundesweit möglich wird. Also es wird jetzt keine Lex Bavaria geben, sondern das soll dann schon im ganzen Bundesgebiet gelten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Dann die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Ritt, CSU-Fraktion.

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege Stümpfig, entschuldigen Sie, wenn ich das jetzt sage, aber in welcher Welt leben Sie? In welcher Welt leben Sie? – Es ist eine ideologische Scheinwelt, in der Sie leben. Ich darf Ihnen mal aus meiner Arbeit berichten oder davon, was meine Mitarbeiter mir täglich berichten. Die berichten mir von weinenden Rentnerinnen und Rentnern, die 1.130 Euro Rente haben. Das ist die durchschnittliche Rente, die ein Bürger oder eine Bürgerin in Deutschland im Schnitt hat. Sie erzählen uns, dass es Zuschüsse gibt. Robert Habeck hat im letzten Jahr für zwei Monate die KfW-Darlehen komplett gestrichen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Zuschüsse sind generell gegenüber den früheren Zuschüssen reduziert worden. Sie sind radikal zurückgefahren worden, und Sie erzählen uns gerade: CO₂ ist in Bayern gleich geblieben. Wissen Sie nicht, dass wir tagtäglich 30.000 Tonnen Kohle in die deutschen Kraftwerkstandorte fahren? In welcher Welt leben Sie?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Ritt, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Ritt, schauen Sie einfach mal ins Gesetz! Das hätte ich mir beim Herrn König heute auch gewünscht bei den zehn Punkten, die Sie da aufgeschrieben haben. Schauen Sie ins Gesetz! 30 % Förderung gibt es für den Fall, den Sie genannt haben, Sozialhilfeempfänger noch einmal 20 % mehr, dann sind wir bei 50 %.

(Widerspruch)

Dann gibt es noch mal 10 % mehr, wenn man das frühzeitiger ausschaltet. Also sind wir bei Förderungen zwischen 30 und 50 %; dazu noch eine gute Energieberatung. Wollen Sie wirklich sagen, dass jemand, der einen kleinen Geldbeutel hat, jetzt noch mal eine Öl- oder Gasheizung einbauen soll? – Wir wissen, dass die CO₂-Besteuerung raufgehen muss. Sie haben dann zwanzig Jahre lang enorm hohe Nebenkosten. Es wird nur einen Weg geben, dass wir sagen, wir kommen mit den Nebenkosten runter. Das sind die erneuerbaren Energien. Das muss endlich mal in Ihre Köpfe! Raus aus den Fossilien!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es folgt die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Albert Duin, FDP.

Albert Duin (FDP): Lieber Martin Stümpfig, ich habe keine Frage, ich habe eine Empfehlung. Die ganze grüne Fraktion sowohl hier als auch im Bundestag sollte erstens einen Betriebswirtschaftskurs belegen, zweitens einen Finanzierungskurs belegen und drittens mal bei den Banken vorsprechen, ob diese Regelung, dass man ab 60 gar keinen Kredit mehr bekommt, weil er im Rahmen der Möglichkeiten nicht mehr rückzahlbar ist, nicht abgeschafft werden soll. Ihr habt keine Ahnung! Ihr habt keine Ahnung, dass Leute eben schon investiert haben. Die müssen das abschreiben auf null und dann von vorn anfangen. Das Geld ist nicht da! Da könnt ihr so viel Förderungen geben, wie ihr wollt. Woher kommt denn das Geld?

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König
(CSU): Das ist doch dem Stümpfig wurscht! Hauptsache, die Ideologie passt!)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Duin, da würde ich Ihnen einfach nur mal empfehlen: Gehen Sie mal zum Energieberater, lassen Sie Ihr konkretes Projekt

(Zurufe: Oh!)

mal durchrechnen. Dann werden Sie feststellen, dass wir heute schon viele Förderungen haben

(Gerd Mannes (AfD): Gehen Sie zum Bankberater!)

und dass heute schon, langfristig gesehen, auf zwanzig Jahre gerechnet, die Heizungsanlage auf Basis von erneuerbaren Energien die beste ist.

Was wollen Sie denn? Wollen Sie denn jetzt immer so weitermachen? Sollen wir immer weiter auf Öl- und Gasheizung setzen? – Das kann doch nicht die Lösung sein! Es gibt wirklich gute Möglichkeiten, das umzusetzen. Aber wenn man immer nur Panik macht, wenn man nur mit Falschmeldungen nach außen geht wie jetzt mit dem CSU-Antrag, dann muss man wirklich sagen, dass man da die Leute komplett durcheinanderbringt. Das, was die Bundesregierung jetzt plant, ist endlich ein Einstieg in die Wärmewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, verehrter Präsident! Es ist eine spannende Debatte, die wir heute führen. Ich will versuchen, mit einer gewissen Sachlichkeit daranzugehen.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da spricht der Richtige!)

Das ist auch dringend notwendig, weil wir vor einem ziemlich ernstem Problem stehen: Wir kommen beim Klimaschutz nicht voran. Die zwei Bereiche, wo wir besonders große Probleme haben, sind der Verkehr und die Gebäude. Für alle diese Bereiche waren in den letzten Jahren Unionspolitiker zuständig: Herr Altmaier im Wirtschaftsministerium,

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

im Gebäudebereich Horst Seehofer und ein besonderer Held im Verkehrsbereich, Andreas Scheuer. Das erklärt auch schon, warum diese Themen jetzt ernsthaft angepackt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, man kann ein Thema ja diskutieren und kann die Interessen und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger anbringen, aber was Sie hier tun und was Sie eigentlich schon seit Amtsantritt der Ampel-Regierung tun: Sie haben Ihr politisches Verantwortungsgefühl an der Garderobe abgegeben und betreiben nur noch Wahlkampf gegen Berlin! Das ist die Tatsache.

(Zurufe: Oh! – Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Arme Ampel!)

Das kann ich Ihnen auch belegen, lieber Herr König, weil Sie keinen einzigen Lösungsvorschlag haben. Ihr sogenannter Dringlichkeitsantrag ist dünn, und Sie haben hier heute einen substanzlosen Vortrag gehalten. Sie sprechen über Heizungen. Sie haben Heizungen im Titel und sprechen dann nur über Strom. Anscheinend kennen Sie sich überhaupt nicht mit diesem Thema aus, sonst hätten Sie ja zum Thema gesprochen.

(Tobias Reiß (CSU): Sie Schlaumeier!)

Ich habe mir die Debatte bei "Anne Will" angesehen. Dort war der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jens Spahn zu Gast. Er hat als Lösung vorgeschlagen, wir sollten Ölheizungen weiterbetreiben und Bio-Öl zumischen. Salatöl vielleicht? Das ist Ihr Kompetenzniveau, auf dem Sie unterwegs sind! Das muss man einmal ehrlich feststellen.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Kohlepolitik macht ihr!)

Sie haben keine Lösungen! Es ist das Prinzip der Union, immer nur zu sagen, wir wollen Klimaschutz betreiben, um dann gegen alles zu sein und es noch Jahre nach hinten zu schieben. Das ist keine verantwortungsvolle Politik im Interesse unserer Kinder und ihrer Kinder!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch etwas zu den lieben Koalitionsfreundinnen und -freunden von der FDP sagen. Lieber Martin Hagen, ich habe von eurer Seite eigentlich auch noch keinen Vorschlag gehört.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh, jetzt hat jemand Angst um die Koalition!)

Wir haben einen gemeinsamen Koalitionsvertrag unterzeichnet. Darunter stehen die Unterschriften von Christian Lindner und Ihren Ministern. Darin steht, dass wir zum 01.01.2025 klimafreundliche Heizungen einführen wollen. Dann gab es im letzten Jahr einen Koalitionsausschuss. Dort haben wir vereinbart, dass wir dies vorziehen auf den 01.01.2024. Auch dieser Beschluss trägt die Unterschrift eurer Ministerinnen und Minister. Dann übernehmt doch hier auch einmal Verantwortung und steht zu euren Beschlüssen!

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, verehrte Damen und Herren, egal von welcher Partei hier, die dagegen ist: Wenn Sie wenigstens im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Vorschläge machen würden, wie wir sie entlasten können.

(Alexander König (CSU): Isar 2 weiterlaufen lassen!)

Ich kann mich noch gut an die Haushaltsdebatte hier im Bayerischen Landtag erinnern. Wir haben in der Haushaltsdebatte einen konkreten Vorschlag angebracht: 100 Millionen Euro Förderung für die Menschen, die in Bayern vom Heizungsaustausch betroffen sind. Wer hat dagegen gestimmt? – Die CSU, die AfD und die FDP. Das zeigt, dass das alles nur Wahlkampf ist, den Sie hier abziehen, aber keine verantwortungsvolle Politik!

(Tobias Reiß (CSU): Scheinlösungen sind das! – Beifall bei der SPD)

Ich nehme das ernst, was Herr Ritt gesagt hat, und das ist auch unsere Position: Wir sind von der klimapolitischen Notwendigkeit überzeugt, Heizungen klimafreundlich zu gestalten. Wir müssen dies sehr schnell tun, weil wir keine Zeit mehr haben und weil es keine Lösung ist, weiter auf fossile Brennstoffe zu setzen. Sie wollen doch immer die CO₂-Besteuerung. Dann werden sich die Menschen das Heizen nicht mehr leisten können. Deswegen müssen wir natürlich darüber sprechen, dass es bezahlbar ist.

Aber leider, muss ich sagen, haben wir hier Schwierigkeiten mit einem Koalitionspartner. Er heißt FDP und will nicht mehr Förderungen ausschütten.

(Zurufe: Oh!)

Lassen Sie uns ernsthaft darüber sprechen, wie wir die Menschen stärker mit Förderungen unterstützen können und wie wir das bezahlbar machen. Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit, dafür stehen wir, und das bringen wir zusammen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt drei Zwischenbemerkungen.

– Die erste kommt von Frau Kollegin Gabi Schmidt, FREIE WÄHLER.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ich könnte eigentlich einmal grundsätzlich das mit dem Wald erklären. Man pflanzt Bäume, die wachsen. Manche werden krank, fallen dann um, oder man muss sie entfernen, oder sie bekommen Käfer. Dieses Holz heißt dann Schadholz. Wenn Sie sagen, wir müssen weg – – Ich nenne Ihnen jetzt mal ein Beispiel:

(Alexander König (CSU): Sendung mit der Maus!)

Nach Ihrem Aufruf hat mich am Wochenende jemand angesprochen und hat gesagt, wir dürfen keine Holz- und Hackschnitzelheizungen mehr haben. Dann habe ich gefragt: Was mache ich denn mit dem Schadholz? Dann hat er gesagt, ich sollte das in die Biotonne werfen, weil es dann vielleicht besser verwertet wäre. Das ist Ihre Klientel! Glückwunsch, das sind lauter schlaue Leute. Dann habe ich ihm entgegnet, ich habe 100 Ster Schad- und Käferholz, wir verheizen das in mehreren Wohnungen und die Nachbarn sind auch noch angeschlossen. Wissen Sie was, Herr Kollege? Wenn meine Kinder oder Kindeskinde bauen, dann hoffe ich, dass sie auch noch diesen Familienwald bewirtschaften.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Schmidt, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Nein, das ist mir jetzt wichtig!

(Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank! – Herr von Brunn, Sie haben das Wort.

(Abgeordnete Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) spricht weiter)

Frau Schmidt, Ihr Mikrofon ist abgestellt. Herr von Brunn hat jetzt das Wort. – Wir haben Sie schon verstanden. Vielen herzlichen Dank.

(Abgeordnete Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) spricht weiter)

Frau Schmidt, wenn Sie jetzt nicht sofort ruhig sind, dann schmeiß ich Sie raus! Vielen Dank. – Herr von Brunn, Sie sind dran.

(Alexander König (CSU): Wenn schon, muss er sagen, er trägt sie raus! – Heiterkeit – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Dann gehe ich gerne!)

Ja, ich gehe dann auch gern mit, aber erst später. – Herr von Brunn, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Gabi Schmidt, nur damit Sie das nicht weiter durcheinanderbringen: Das Gesetz, das jetzt im Kabinett verabschiedet worden ist und das jetzt in den Deutschen Bundestag kommt, regelt überhaupt nichts im Zusammenhang mit Holz und Biomasse. Im Gegenteil, das ist hier ausdrücklich zugelassen. Wir als SPD können – wie ich jetzt auch höre von den GRÜNEN – nur sagen, wir werden kein Verbot nachwachsender Rohstoffe für die Heizung zulassen. Wir werden das nicht verhandeln. Aber Sie müssen das trennen. Es wird nicht besser, wenn Sie immer länger sprechen und dabei nichts Vernünftiges herauskommt. Lieber kürzer und auf den Punkt!

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Sie sind jetzt gar nicht mehr dran! Die Kolleginnen und Kollegen sind dran, der Martin Hagen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ja, aber den rufe bitte ich auf, Herr von Brunn.

(Heiterkeit)

Herr Hagen, wenn Sie dann mit dem Zwiegespräch mit Frau Dr. Corlazzoli zu Ende wären, könnten Sie jetzt in einer Minute Ihre Zwischenbemerkung vortragen. Bitte sehr.

Florian von Brunn (SPD): Ich würde aber auch noch warten, wenn es noch länger dauert.

Martin Hagen (FDP): Das ist sehr schön. Die Sozialdemokratie ist für ihre Geduld bekannt. Lieber Kollege von Brunn, ich hatte bisher eigentlich auch das Gefühl, dass es im Interesse des sozialdemokratischen Koalitionspartners liegt, dass bei diesem Gesetzentwurf aus dem Wirtschaftsministerium, der im ersten Entwurf ja ein sehr starrer Gesetzentwurf war, der auch gerade soziale Ausgewogenheit hat vermissen lassen, Korrekturen vorgenommen werden.

Florian von Brunn (SPD): Ja.

Martin Hagen (FDP): Es ist vollkommen richtig: Im Koalitionsvertrag steht, wir wollen 65 % erneuerbare Energien. Wenn wir jetzt sagen, 65 % erneuerbare Energien, kann ich das aber nicht ausschließlich mit einer Wärmepumpe herstellen, sondern zum Beispiel auch mit einer Holzpellet- und einer Hackschnitzelheizung oder zum Beispiel auch mit einer wasserstofffähigen Gasheizung. Dann steht das definitiv mit dem Koalitionsvertrag im Einklang, was aber das Problem löst, dass wir gerade in unsanierten Altbauten, wo eine Wärmepumpe möglicherweise nicht die optimale Lösung ist, Flexibilität herstellen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Hagen, Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank. – Herr von Brunn, bitte.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Martin Hagen, nehmen wir einmal das Beispiel Ihrer wasserstofffähigen Gasheizung. Im Moment gibt die Technik 10 bis 20 % her, aber wir haben ja aus gutem Grund 65 % vereinbart. Den ganzen Wasserstoff, den Sie hier verheizen wollen – das gleiche Problem hat Herr Aiwanger auch –, gibt es ja gar nicht!

Insbesondere in Bayern gibt es ihn nicht wegen nicht ausgebauter Windkraft und fehlender Stromleitungen. Wir haben keine Importstrukturen, wir haben keine Pipelines. Es fehlt alles. Das ist alles Zukunftsmusik! Wir brauchen eine Lösung im Hier und Jetzt. Lassen Sie uns in der Koalition gemeinsam konstruktiv daran arbeiten, und vor allem: Schönen Gruß an Christian Lindner, wir brauchen mehr Förderung für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Prof. Bausback von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Geschätzter Herr Kollege von Brunn, ich verstehe einen Satz von Ihnen nicht so ganz. Sie sind doch als SPD auf Bundesebene in der Koalition mit denjenigen, die die Kohlekraft als Übergangsenergieträger auf unabsehbare Zeit hochgefahren haben. Jetzt sagen Sie, dass die Kollegen in Berlin, die Kollegen von der FDP das eigentliche Problem seien. Das verstehe ich nicht so ganz. Warum sind nicht Sie das Problem, sondern ist die FDP das Problem?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Von den GRÜNEN möchte ich gar nicht reden. Aber mir leuchtet die Zuordnung der Verantwortung an der Stelle nicht ein. Deshalb würde ich Ihnen gerne einmal die Gelegenheit geben, das näher zu erläutern.

(Alexander König (CSU): Wo ist das Problem?)

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Bausback, schauen Sie, auch zwischen den besten Freunden gibt es ab und zu mal Knatsch.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Wir diskutieren gerne mal, aber das eigentliche Problem – das haben Sie falsch verstanden – ist nicht die FDP, sondern die Union.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Ich habe ja schon gesagt: Sie haben die Verantwortung am Kleiderhaken abgegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU) – Zuruf von der CSU: Wer war denn mit dabei?)

Das Problem ist doch, dass Sie keine Lösungen bieten und Ihre verflossenen Minister der Grund für diese Probleme sind.

Wissen Sie, womit wir einmal anfangen könnten? – Wir könnten einmal damit anfangen, den Windkraftausbau in Bayern zu beschleunigen, den Ausbau der Geothermie zu beschleunigen und Stromleitungen auszubauen, also all das zu machen, was Sie versäumt haben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben ein ganz schönes Kurzzeitgedächtnis! – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Da sollten Sie sich einmal ehrlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Hans Friedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Wir sind ganz Ohr, das gesamte Plenum.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Stümpfig, ich war zuerst entsetzt, als Sie gesagt haben: Ölheizungen raus, Wärmepumpe einsetzen! Also, ich bin wirklich darüber entsetzt. Habt ihr überhaupt keine Ahnung?

(Hans Herold (CSU): Nein, null! – Benjamin Adjei (GRÜNE): Wo steht was davon?)

Habt ihr überhaupt gar keine Ahnung, wie eine Wärmepumpe funktioniert?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Solche Politiker entscheiden. Gott sei Dank regieren in Bayern die CSU und die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Heute diskutieren wir über unseren gemeinsamen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Heiz-Hammer" der Bundesregierung stoppen!" Richtig, der "Heiz-Hammer" soll an den Sprachgebrauch des Bundeskanzlers erinnern, der schon einmal von einer "Bazooka" gesprochen hat.

Die Bürger müssen in Krisenzeiten mitgenommen werden. Die Klimakrise wird aber im Gegensatz zu vielen anderen Krisen länger dauern. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir uns Gedanken machen, wie wir dieser Krise entgegenzutreten können.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das fällt Ihnen aber spät ein!)

Jedem ist bewusst, dass der Gebäudesektor seinen Beitrag zur Einhaltung der CO₂-Ziele leisten muss. Diesen Beitrag müssen sich die Bürgerinnen und Bürger aber auch leisten können. Für uns bedeutet das, dass nicht nur über Förderungen fabuliert wird, sondern dass sich diese konkretisieren, und zwar jetzt.

Mit dieser Brechstangenaktion des Gebäudeenergiegesetzes wird der Wert einer Immobilie quasi über Nacht um 20 bis 30 % gesenkt, was einer Enteignung gleichkommt.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Warum? – Florian von Brunn (SPD): Der Wert wird gesteigert!)

Der über einen langen Zeitraum abbezahlte Beitrag zur Altersvorsorge – Kredite abbezahlt – ist futsch. Wie viel Förderung kann der Bundesfinanzminister dann beisteuern? Das ist eine Frage an die FDP. Sind überhaupt Handwerker und Material verfügbar,

um die im Gebäudeenergiegesetz formulierten Bestimmungen zu erfüllen? – Wenn man den Verbänden glauben will, dann wohl eher nicht. Ich weiß nicht, wem ihr glaubt.

Gut, die Wärmepumpenhersteller investieren jetzt in die Produktion. Wann stehen diese Kapazitäten zur Verfügung? Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die dann zusätzlich produzierten Einheiten exklusiv für den deutschen Markt zur Verfügung stehen. Sind diese Pumpen dann F-gasfrei?

Dann ist das nächste Damoklesschwert, das aus Brüssel kommt, abzuwehren. Viessmann, einer der größten Akteure im Heizungsmarkt, hat gestern seinen Verkauf an ein amerikanisches Unternehmen bekannt gegeben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Sehen etwa die Big Player im Markt keine Chancen? Ist die Fokussierung auf eine Technologie denn nicht äußerst schädlich für den Industriestandort Deutschland?

(Zurufe der Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Sind hier nicht auch die engen Fristen ein Hemmnis?

(Zuruf von der AfD: Natürlich! – Zuruf von den GRÜNEN)

Hier möchte ich Seite 45 des Referentenentwurfs des Gebäudeenergiegesetzes zitieren:

[...] der Vermieter Brennstoffkosten nicht auf seine Mieter umlegen kann, die den Betrag übersteigen, der zur Erzeugung derselben Menge an Heizwärme

– so heißt es wortwörtlich –

mit einer hinreichend effizienten Wärmepumpe anfielen.

So sieht doch keine Technologieoffenheit aus, wenn einzig und allein die Wärmepumpe als Benchmark hinterlegt ist!

Eine weitere Dreistigkeit ist die Begründung zur Einführung einer Altersgrenze. Dort wird also aufgezeigt, dass statistisch ab einem Alter von 80 der Pflegeaufwand steigt und damit der potenzielle Heizungswechsel diese Menschen überfordert. Eben diese Personen kämen nicht mehr in den Genuss der Amortisation, der 79-Jährige also schon. Ich finde, das klingt schon ein bisschen sarkastisch.

Wir als FREIE WÄHLER haben bereits vor einem Jahr vor solchen Regelungen gewarnt

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben alles verschlafen!)

und vor rund einem Monat erneut in vorgelegten Anträgen. Vor diesem Hintergrund werden die FREIEN WÄHLER aktiv Politik gestalten. Genau deshalb ist unser vorliegender Antrag von den FREIEN WÄHLERN und der CSU richtig. Die Nachzieher von FDP, AfD und GRÜNEN lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Toni Schuberl. Herr Friedl, Sie haben noch eine Minute Redezeit.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Eine Zwischenbemerkung von dem Mann, der "so viel Kompetenz" hat!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Schuberl, Sie haben das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Kollege Friedl, bis jetzt ist jeder, den wir gefragt haben, auf die Frage ausgewichen. Ich bin gespannt, ob du sie beantwortest. Wie wollt ihr Klima-

neutralität bis 2040 in Bayern erreichen? Mit oder ohne Gasheizungen oder Ölheizungen?

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Ich glaube, das ist schon genannt worden:

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

mit Wasserstoffheizungen, die über die Gasleitungen betrieben werden können.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Umstellung von einer Gas- und Ölheizung auf eine Wasserstoffheizung ist bei Weitem nicht so teuer.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das soll die Oma dann tauschen?)

Da kann ich tatsächlich den Ölkessel oder die Ölbrennwerttherme wegschrauben und dann die Wasserstoffheizung einbauen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Du kennst dich aus! – Tim Pargent (GRÜNE): Was kostet das denn?)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident! Verehrter Herr Kollege König, Sie haben in Ihrer Rede etwas zitiert, was vermeintlich in unserem Antrag steht und mich hellhörig gemacht hat. Sie haben nämlich zitiert, in unserem Antrag stünde: Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für dies und das einzusetzen. Sie haben vollkommen richtig bemerkt: Dafür brauchen wir doch nicht die Staatsregierung; denn das schafft die FDP auf Bundesebene allein.

Ich habe nachgeschaut, was tatsächlich in unserem Antrag stand, den wir eingereicht haben. In unserem Antrag stand nämlich etwas ganz anderes. In ihm stand drin, dass der Landtag feststellt, dass bei den anstehenden Beratungen auf folgende Grundsätze

zu achten ist. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hat das Landtagsamt eigenmächtig und ohne Rücksprache mit uns den Text geändert. Ich unterstelle keine Absicht; Fehler passieren. Ich gehe davon aus, dass dieser Fehler zum ersten und zum letzten Mal passiert ist.

Aber Ihre Kritik wäre berechtigt gewesen, wenn der Text so gewesen wäre, wie Sie ihn zitiert haben. Der Text ist anders. In unserem Antrag schreiben wir schon, dass wir das selber hinkriegen. Dazu brauchen wir die Staatsregierung nicht aufzufordern.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Vorsitzender Hagen, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Alexander König von der CSU. – Herr König, bitte schön.

Alexander König (CSU): Herr Kollege Hagen und Herr Vizepräsident, ich bin schon ein paar Jahre Mitglied im Bayerischen Landtag; aber so etwas habe ich noch nicht erlebt, dass ein völlig anderer Text ausgedruckt wird als das, was eigentlich beantragt wurde. Es ist mir völlig unerklärlich, wie das sein kann. Das ist der erste Fall, den ich in 25 Jahren meiner Tätigkeit im Landtag erlebt habe. Mir fehlt der Glaube. Ich kann nur das vorlesen, was das Landtagsamt uns ausdrückt.

Martin Hagen (FDP): Ich habe den Text vorliegen. Ich bin noch nicht so lange wie Sie, Herr Kollege König, hier im Parlament. Ich bin erst viereinhalb Jahre im Parlament. Auch für mich ist es der erste Fall.

(Alexander König (CSU): Schade, dass ihr nicht an die Staatsregierung glaubt!)

Wie gesagt, das ist ein Fehler, der vorkommen kann, aber ich gehe davon aus, dass er nicht mehr vorkommt. Denn ich erwarte, dass, wenn ein Text geändert wird, das in Rücksprache mit meiner Fraktion passiert. Das ist hier nicht erfolgt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir werden das selbstverständlich klären und im nächsten Ältestenrat Aufklärung leisten.

Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/28600. Bitte nehmen Sie Ihre Abstimmgeräte zur Hand. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 22:30 bis 22:33 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist ganz offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Wir brauchen wieder eine kleine Frist, um den nächsten Dringlichkeitsantrag in namentlicher Abstimmung abstimmen zu können. – Wir starten jetzt mit dem Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/28656, ebenfalls in namentlicher Abstimmung. Die Abstimmung läuft ab jetzt.

(Zurufe)

– Jetzt starten wir die Uhr noch mal und fangen noch mal von vorne an.

(Florian von Brunn (SPD): Wenn's nicht geht, müssen wir die Sitzung abbrechen!)

– Nein, es scheint jetzt zu gehen. Wir müssen die Sitzung nicht abbrechen, Herr von Brunn.

(Zuruf: Jetzt geht's!)

Die Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist jetzt noch mal eröffnet. Geht's jetzt? – Super, es scheint zu gehen. Sie wissen, Sie haben jetzt zwei Minuten Zeit zum Abstimmen.

(Namentliche Abstimmung von 22:36 bis 22:37 Uhr)

Konnten Sie alle Ihre Stimme abgeben? – Das ist ganz offensichtlich der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Vielen Dank.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. Wir kommen nämlich nun zu den einfachen Abstimmungen über die beiden anderen Dringlichkeitsanträge.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/28654 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD – gibt es Gegenstimmen zum FDP-Antrag außer von GRÜNEN und SPD? –, der AfD-Fraktion und des Abgeordneten Busch (fraktionslos). Enthaltungen? – Die FREIEN WÄHLER und die CSU. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/28655. Wer dem AfD-Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die anderen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Haben wir schon irgendwelche Ergebnisse? – Ich schaue nach links. Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann rufe ich einfach den nächsten Dringlichkeitsantrag auf. Die Ergebnisse werden dann später bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend „Heiz-Hammer‘ der Bundesregierung stoppen!“, Drucksache 18/28600, bekannt: Mit Ja haben 87 gestimmt, mit Nein haben 40 gestimmt, Stimmenthaltungen: 25. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Die Wärmewende der Bundesregierung: Für ein warmes Zuhause und für unschlagbar günstige Nebenkosten", Drucksache 18/28656, bekannt: Mit Ja haben 25 gestimmt, mit Nein haben 110 gestimmt, Stimmenthaltungen: 16. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.04.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; "Heiz-Hammer" der Bundesregierung stoppen! (Drucksache 18/28600)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Enghuber Matthias	X		
Adjei Benjamin				Fackler Wolfgang	X		
Aigner Ilse	X			Dr. Faltermeier Hubert	X		
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina		X	
Arnold Horst		X		Fischbach Matthias			X
Atzinger Oskar			X	Flierl Alexander	X		
Aures Inge				Flisek Christian		X	
Bachhuber Martin	X			Franke Anne		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Freller Karl			
Bauer Volker	X			Friedl Hans	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Friedl Patrick		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Fuchs Barbara			
Bayerbach Markus				Füracker Albert			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas			
Becker Barbara	X			Gerlach Judith	X		
Beißwenger Eric	X			Gibis Max	X		
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin			X	Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard			X
Brandl Alfons	X			Grob Alfred	X		
Brannekämper Robert	X			Güller Harald		X	
Brendel-Fischer Gudrun	X			Guttenberger Petra	X		
von Brunn Florian		X		Häusler Johann	X		
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin			X
Busch Michael		X		Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig		X	
Deisenhofer Maximilian				Hauber Wolfgang	X		
Demirel Güleren		X		Haubrich Christina			
Dorow Alex	X			Hayn Elmar			
Dremel Holger	X			Henkel Uli			X
Dünkel Norbert				Herold Hans	X		
Duin Albert			X	Dr. Herrmann Florian	X		
Ebner-Steiner Katrin			X	Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold	X		
Eibl Manfred	X			Dr. Heubisch Wolfgang			X
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Hierneis Christian			
Eisenreich Georg	X			Hiersemann Alexandra		X	
Enders Susann	X			Hintersberger Johannes	X		
				Högl Petra	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie			
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			X
Dr. Loibl Petra	X		
Lorenz Andreas	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzingler Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			X
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			X
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas			X
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	87	40	25

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.04.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Die Wärmewende der Bundesregierung: Für ein warmes Zuhause und für unschlagbar günstige Nebenkosten (Drucksache 18/28656)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			X
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			X
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara			
Bayerbach Markus				Füracker Albert			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max			
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald			X
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian			X	Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin		X	
Busch Michael		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian				Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren	X			Haubrich Christina			
Dorow Alex		X		Hayn Elmar			
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert				Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian			
Eisenreich Georg		X		Hiersemann Alexandra			X
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes	X	X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			X
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas	X	X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	25	110	16